

Dossier

Fortsetzung von Seite 21

Worin liegt aber die Rolle des Staates bei der Kultur- und Kunstförderung?

In Österreich gab es immer schon eine starke Betonung des Kulturdiskurses, sei es nun zwischen den progressiven und konservativen Medien oder den programmatischen Auseinandersetzungen zwischen der Kultur im „roten Wien“ inklusive Skandalinszenierungen von Claus Peymann im Burgtheater und jener im „schwarzen“ Westen bei den betulichen Salzburger Festspielen?

Die Ernsthaftigkeit, mit der man sich in Österreich am Kulturdiskurs ergötzt, wird von ausländischen Gästen mitunter mit Amüsement betrachtet. Kaum vorstellbar, dass man sich in den USA oder auch in Deutschland über eine Peymann-Inszenierung oder kulturelle Provokationen anderer Art derart aufregen würde wie in Österreich, was andererseits aber wieder auf das nicht aufgearbeitete Erbe einer Kulturnation hinweist. Allerdings muss Diskurs nicht immer gleich qualitative Auseinandersetzung bedeuten, da Kunst und Kultur in Österreich nicht selten auf der Ebene politischer Kameralistik, auf dem Medienboulevard oder in primitiver Wahlwerbung abgehandelt werden.

Heißes Eisen

Das führt auch dazu, dass Kunst- und Kulturförderung in Österreich ein heißes Eisen ist. Wie Gerhard Ruiss, Geschäftsführer der Schriftsteller-Interessenvertretung IG Autoren, betont, war Kulturpolitik seit den 1970er Jahren in Österreich stets ein Thema höchster Priorität, und Politiker, die etwas werden wollten, taten gut daran, sich auch als Kulturfunktionär zu verdingen. Dieser Zeit folgten einige Rückschritte in den beiden Regierungsperioden der Konservativen ab dem Jahr 2000, als insbesondere die Kulturförderung zurückgedrängt wurde.

Die neue Kunstministerin Claudia Schmied (SPÖ) hat sich allerdings eine Rückkehr zur alten Generosität auf die Fahnen geheftet, wie sie Mitte Mai über den SPÖ-Pressedienst ausrichten ließ. So werde sie „für eine bestmögliche Förderung der heimischen Kunst und Kultur“ sorgen, versprach Schmied. Dazu gehören unter anderem



Über die Aufgabe der Kunst in der Gesellschaft gehen die Meinungen der politischen Lager auseinander. Und so ist Kunstförderung ein steter Quell parlamentarischer Auseinandersetzung. Foto: APA/Hans Klaus Techt

90 „Startstipendien 2009“, Auslandsstipendien und auch geförderte Atelierwohnungen für Künstler. Diesen solle der Schritt in die nationale und internationale Kunstszene erleichtert werden, so Schmied, schließlich seien gerade „junge heimische Künstler und Künstlerinnen die Visitenkarte der lebendigen und produktiven Kulturnation Österreich“.

„Der Künstler ist das schlechte Gewissen seiner Zeit.“

PETER NOEVER,
MAK-DIREKTOR

Die österreichische Schriftstellerin und Literaturnobelpreisträgerin Elfriede Jelinek sieht dies pragmatischer: „Kunstförderung mit Steuergeldern ist die Pflicht, des Staates, keine Gnade.“ Bleibt die Frage: Ist Kunst somit ein politischer Wegweiser, eine Form der gesellschaftlich-ästhetischen Kommunikation, die sich durch ihre Autonomie von der Propaganda unterscheidet?

Diese Abgrenzung ist essenziell. Es gibt ja doch in der jüngeren Zeitgeschichte Fälle von Vereinnahmung der Kunst

durch die Politik, und damit sind nicht nur die Nazikunst oder die stalinistischen Propagandaplakate gemeint. Im Zuge der russischen Revolution kam es zu einer grundlegenden Erneuerung des Kunstverständnisses an sich, in erster Linie in dem Versuch, alles Bürgerliche an der Kunst abzustreifen, einzigartig in der bisherigen Menschheitsgeschichte.

Nach der Oktoberrevolution von 1917 befassten sich Künstler mit der Umgestaltung der Gesellschaft. Kunst und Leben sollten miteinander verbunden werden, so die Zielsetzung. Die Ideen der Revolution, die Entwürfe eines neuen Lebensumfeldes und der Veränderungsprozess in der Gesellschaft fanden sich in den verschiedensten Kunstgenres wieder. Die Kunst wurde ausdrücklich in den Kontext der Revolution gestellt, ohne von vornherein propagandistisch sein zu wollen.

Letzte Konsequenz

Die letzte Konsequenz der Zerstörung bürgerlicher Ästhetik in der Kunst wurde von Kasimir Malewitsch und Wladimir Tatlin vorangetrieben, in der Stilrichtung des Konstruktivismus und später des Suprematismus. Letzterer war vollkommen gegenstandslos und baute nur mehr auf Formen

und Farben. Der Höhepunkt dieser Strömung war Malewitschs *Schwarzes Quadrat auf weißem Grund*, das für viele das Ende der gegenständlichen Kunst und aller darstellerischen Ambitionen bedeutete.

Sosehr allerdings diese Kunst in der Theorie mit der bisherigen Kunsttradition brach, so wenig stieß sie auf Verständnis in der breiten Bevölkerung. Die Idee, mit der neuen, revolutionären Avantgarde die Kunst auf die Straße zu holen, ging nicht auf. Das war auch mit ein Grund, warum sich die stalinistische Propagandakunst der 1930er Jahre wieder verstärkt dem übertrieben symbolhaften Heroenstil zuwendete, dem „Sozialistischen Realismus“.

„Kunstförderung mit Steuergeldern ist die Pflicht des Staates, keine Gnade.“

ELFRIEDE JELINEK,
SCHRIFTSTELLERIN

Dieser vereinte im Ausdruck alle Eigenschaften totalitärer Herrschaft: Kunst wurde unter Stalin nicht gefördert oder gar subventioniert, sondern gelenkt und benützt. Sie erzeugte eine Scheinwirklich-

keit, um den Blick der Gesellschaft zu verändern und zu trüben.

Dagegen steht heute eine Auffassung über das fragile Verhältnis zwischen Politik und Kunst im Vordergrund, der sich die meisten demokratischen Staatenlenker anschließen können, formuliert vom französischen Philosophen Jacques Rancière. Das Politische an der Kunst, sagt Rancière, liege darin, dass sie „die Bedingungen der alltäglichen Wahrnehmung thematisiert, neue Einteilungen des Sinnlichen vorschlägt und damit die Grenzen des Wahrnehmbaren verschiebt.“

Zuletzt erhitzte sich in Österreich das Politische in der Kunst Ende April am Projekt „In Situ“ in Linz, das sich mit der NS-Vergangenheit von Adolf Hitlers Jugendstadt auseinandersetzt und mit weißer Farbe, in der ganzen Stadt verteilt, 65 Orte des nationalsozialistischen Terrors markiert.

Einspruch kam postwendend von der FPÖ, den die SPÖ-Abgeordnete Sonja Ablinger in erfrischender Weise konterte: Kunst, so Ablinger, müsse die Grenzen gesellschaftlicher Verträglichkeiten ausloten, die Kulturpolitik sei ein Wegbegleiter. „Was sein kann oder nicht, bestimmt das Gesetz und nicht der Geschmack.“

Arno Maierbrugger